

Urangesellschaft, Areva, Siemens und Konsorten - Der atomindustrielle Komplex und seine Ausläufer ins Rhein-Main-Gebiet

Die Akteure des „atomindustriellen Komplexes“, die in den Ausbau der Atomindustrie von Anbeginn in den 50er Jahren involviert waren und für das Weiterlaufen der AKWs bis heute stehen, sind nicht nur die großen allseits bekannten Energieversorgungsunternehmen. Damals RWE, Veba, Bayernwerk und Badenwerk, heute die „großen Vier“ (E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall) und das geplante Endlager für atomaren Müll in Gorleben sind aktuell und zurecht im Visier der Anti-AKW-Bewegung. Die zahlreichen atomindustriellen Betriebe aber, die Reaktoren und Brennstäbe erstellen, Transporte organisieren, der Atom Müll verschicken etc., die AKWs quasi am Laufen halten, werden nicht selten vergessen. Viele von ihnen haben auch heute noch ihren Sitz in der Rhein-Main-Region – in Orten von Frankfurt über Offenbach und Hanau bis nach Alzenau kurz hinter der hessisch-bayrischen Grenze, die angegriffen werden können. Ihre Geschichte beginnt in den 1960er Jahren.

1967 wird die heute noch existierende **Urangesellschaft** gegründet – aktuell hat sie ihren Firmensitz **in Frankfurt, City-West, Solmsstr. 12 bzw. 18**. Die Schürfung von Uranerzen hatte in den 1970er Jahren, als nach der sog. Ölkrise von 1973 die BRD-Regierungen – egal in welcher Parteienkonstellation - auf den forcierten Ausbau der Energieversorgung durch Atomstrom setzten, strategische Bedeutung, d.h. unabhängig von der Macht der „Ölscheichs“ zu werden. Deshalb wurde die Uranexploration vom Bundesministerium für Forschung und Technologie auch zunächst mit 75%, später mit 50% bezuschusst. Eine profitable Angelegenheit.

Die UG war und ist bis heute u.a. am Uranbergwerktagbau in Namibia (Rössing-Mine) und mit 8,5% an einer umfangreichen Uranmine im Niger beteiligt; die katastrophalen und menschenfeindlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, die durch den Uranabbau hervorgerufen werden, wurden selbst in nicht grundsätzlich systemkritischen deutschen Medien schon mehrfach dargestellt.

Bei ihrer Gründung im Dezember 1967 waren an der Urangesellschaft (UG) u.a. die damaligen großen deutschen Energieversorger Steag, VEBA und die in Frankfurt ansässige Metallgesellschaft beteiligt. In der Krise der deutschen Atomindustrie in den späten 80er und 90er Jahren, als in Reaktion auf die Anti-AKW-Bewegung der Bau neuer AKWs „politisch nicht durchsetzbar“ schien, kam die UG in französischen Besitz. 1992 wurde die UG wg. angeblich „mangelndem Interesse der deutschen Industrie an direktem Rohstoffzugriff“ an die französische Cogema verkauft. Cogema war und ist u.a. die Betreiberin der Wiederaufbereitungsanlage La Hague, heute allerdings unter neuem Namen: Areva NC. Dieser Betrieb, europa-, ja weltweit führend in der Urangewinnung und Wiederaufbereitung, ging 2006 mitsamt der Urangesellschaft im Gesamtkonzern Areva S.A. auf.

Mit dem Energiekonzern **Areva S.A.**, nicht nur mit seinen Aktivitäten in der Rhein-Main-Region, sollte man sich etwas ausführliche beschäftigen. Als eines der größten global agierenden Unternehmen im AKW-Sektor ist Areva S.A. zum überwiegenden Teil im Besitz des französischen Staates; erst seit Dezember 2010 hat die staatliche Kuwait Investment Authority (KIA) einen geringeren Anteil am Konzern. Areva S.A. hat sein Headquarter in Paris im supermodernen exklusiven Geschäftsviertel La Defense. Weltweit sind 78.000 Areva-„MitarbeiterInnen“ überwiegend in der Nuklearindustrie beschäftigt – zum Vergleich: die beiden größten deutschen Energieversorgungsunternehmen RWE und E.ON beschäftigen 70.000 bzw. 95.000 Menschen. Areva ist mit zahlreichen Aufträgen von China bis Brasilien im weltweiten Ausbau der Atomenergie tätig. In Planung hat Areva den Ausbau des indischen AKWs Jaitapur, das mit insgesamt 6 Blöcken und fast 10.000 kW die größte je erbaute und auf Atomkraft beruhende Energieversorgungsanlage werden soll – übrigens in einem erdbebengefährdeten Gebiet und von der betroffenen ländlichen Bevölkerung in der Region Maharashtra (250 km von Mumbai entfernt) heftig bekämpft. Erst im April 2011 wurden von der indischen Polizei AKW-Gegner erschossen, als sie – angeblich – das örtliche Rathaus stürmen wollten.

Aktuell und weniger heftig attackiert baut Areva z.B. „schlüselfertig“ das finnische AKW Olkiluoto, ein AKW neuester Bauart (Druckwasserreaktorlinie EPR), das erste westeuropäische Atomkraftwerk, das nach der Katastrophe von Tschernobyl geplant wurde und ans Netz gehen soll. Auch deutsche Firmen sind dort mit Aufträgen von insgesamt über einer Mrd. € im Geschäft.

Areva vertritt im Kraftwerksbau die typische französische Variante „nachhaltiger Entwicklung“. Es baut ausschließlich „CO₂-freie“ Kraftwerke, also kein Kohlekraftwerk, und ist durchaus auch im Geschäft mit erneuerbaren Energien (Solar- und Windkraftwerken) vertreten. Der Hauptunternehmenszweig ist allerdings eindeutig der Ausbau der Atomenergie. Dabei soll möglichst die gesamte Prozesskette vom Uranbergbau über die Brennelementefertigung, Reaktorbau, Sicherheitsüberprüfungen und Wiederaufbereitung – ja bis zum Abbruch ausgedienter Meiler – in Areva-Händen liegen. Areva stellt auch seine AKW-Aktivitäten dabei gerne als besonders „nachhaltig“ dar, „der Schonung der Umwelt und der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen“ verpflichtet.

Ein wichtiger Akteur im Atomgeschäft im Rhein-Main-Gebiet ist die Areva-Tochtergesellschaft **Areva NP (= Nuclear Power)**, an der der deutsche Siemenskonzern mit 34% beteiligt ist. Die Deutschlandzentrale dieser Firma liegt in Erlangen – Areva sponsort dort z.B. den Bundesligaclub 1. FC Nürnberg; die 2.-größte deutsche Niederlassung befindet sich an der Frankfurt-Offenbacher Stadtgrenze im Areal „Mainpark“ am Kaiserlei. Areva NP (Umsatz 2009: 8,5 Mrd. €, 2010 über 1.000 Beschäftigte in Offenbach, darunter zahlreiche hochqualifizierte Wissenschaftler und Ingenieure) umfasst Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen für sämtliche Reaktortechnologien „mit dem Schwerpunkt auf Druck- und Siedewasserreaktoren“. Die Areva NP-Internetseite verrät: „Die Tätigkeitsschwerpunkte sind die Entwicklung und schlüselfertige Errichtung von Kernkraftwerken und Forschungsreaktoren sowie kerntechnisches Engineering, Elektro- und Leittechnik, Kraftwerksservice, Modernisierung, Brennelemente-Versorgung und Komponenten-Fertigung für eine große Zahl von Reaktortypen ...“. Aus einer „Imagebroschüre“ von 2007 dazu im Originalton: „Areva NP leistet damit einen entscheidenden Beitrag dafür, dass ihre Kunden Strom aus Kernenergie verlässlich, kostengünstig und umweltfreundlich produzieren können“.

Ganz aktuell: Beim Wettbewerb der Landesregierung um den „**Hessen-Champion**“ 2010 wird Areva NP als offensichtlicher Atombetrieb vom hessischen Ministerpräsident Bouffier wegen der zahlreich vorgenommenen Neueinstellungen als „**Finalist in der Kategorie Jobmotor**“ ausgezeichnet. Unter der Parole: „Kerntechnik im Aufwind – Arbeitsplätze im Aufbau“. Und der Areva-Deutschland-Chef Ulrich Gräber, damals noch felsenfest überzeugt von einer baldigen AKW-„Renaissance“, meint feststellen zu können: „Die Bevölkerung ist nicht gegen Kernkraft.“ Gelobt wird die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Areva NP, u.a. durch die Kinderkrippe „Energiebündel“. Da der Konzern mittlerweile auch in die Erneuerbaren, ja sogar in die Stilllegung von AKWs investiere, könne Areva selbst einen Atomausstieg ganz gut verkraften: „Egal, wie es läuft, wir sind immer dabei.“ (FR 18.2.2010)

Die **Areva NP** bzw. dessen Vorläufer Framatome entstand 2001 durch „Zusammenlegung der kerntechnischen Aktivitäten“ des französischen Atomkonzerns **Framatome** und des deutschen Global Players in allen Energiesparten, **Siemens**. Siemens war – zunächst gemeinsam mit der damaligen AEG - seit dem Bau des ebenfalls im Rhein-Main-Gebiet liegenden Versuchsreaktors Kahl (1958) eine der ganz großen Hausnummern im deutschen Atomgeschäft. Durch die Siemens-AEG-Tochter KWU mit Sitz in Offenbach erstellten die Reaktorbauer zwischen 1972 und 1988 in der damaligen BRD allein 20 AKWs, darunter die beiden südhessischen Blöcke Biblis A und B. Dieses massive AKW-Ausbau-Programm war politisch gewollt und wurde von allen Bundesregierungen (egal ob mit CDU-, SPD- oder FDP-Beteiligung) bis Ende der 1980er Jahre getragen und verfolgte zu allererst das Ziel: durch einen „ausgewogenen Energiemix“ von Kohle- und Kernkraftwerken perspektivisch unabhängig von den „politisch unsicheren“ Erdölproduzentenstaaten werden. Allein 1984 gingen fünf neue AKW-Reaktoren ans Netz.

Auch beim Bau des „Atomdorfs“ Hanau-Wolfgang gehörte Siemens gemeinsam mit den großen Energieversorgungsunternehmen RWE und Veba (Vorgänger der heutigen E.ON) zu den Initiatoren. In diesem „Atomdorf“ waren – bis zu ihrer Stilllegung in den 1990er Jahren - die Betriebe konzentriert, die den atomaren „Kreislauf“ am Laufen halten sollten. Ihre Namen waren Programm – NUKEM (gegründet 1960), ALKEM, RBU, Hobeg etc.: von der Anreicherung des Uran über die Erstellung atomarer Brennstäbe – darunter auch hochgiftigen MOX-Brennstäbe mit einem Plutonium-Anteil - bis zu spezialisierten Transportunternehmen für Atom-Transporte; so beispielsweise das auch heute noch in der Rodenbacher Chaussee von Hanau-Wolfgang angesiedelte Unternehmen **NTS**, im Besitz des französischen Atom- und Militärkonzerns Daher S.A. in Marseille und für die Durchführung der Castortransporte von La Hague nach Gorleben zuständig. Mit der Krise der deutschen Atom-Industrie, die sich insbesondere nach dem Super-GAU von Tschernobyl verschärfte, geriet auch der Atom“park“ von Hanau ins Schussfeld der Kritik. Ein Großteil der atomindustriellen Betriebe wurde nach 1988 geschlossen bzw. nach und nach insbesondere nach Frankreich verlagert. Von daher rührt auch die enge Kooperation des deutschen Atomkonzerns Siemens mit den Akteuren der französischen Kernenergiebranche, z.B. Framatome und später Areva.

Die MOX-Fabrikation von **ALKEM** wurde verlagert; der Versuch von Siemens, die ALKEM-Werke an Russland bzw. später an China zu verkaufen, kam nicht zu Stande. Die **NUKEM**-Produktionsanlagen wurden hinter die bayrische Grenze nach Alzenau verlegt und mittlerweile in zwei Gesellschaft aufgeteilt: Die NUKEM GmbH, im Besitz des Private Equity Fonds Advent International (Hauptsitz: Boston), beschäftigt sich v.a. mit der „Vermarktung von hoch angereichertem Uran“ aus russischen Atomwaffen und kooperiert dabei mit Firmen in Russland, Kasachstan und Usbekistan, aber auch mit der schon genannten Cogema. Dieses Programm nennt sich sympathieheischend „Schwerter zu Pflugscharen“ – wofür die Parolen der früheren Friedensbewegung nicht alles herhalten müssen. Der zweite Zweig von NUKEM betreibt als NUKEM Technologies „Management von radioaktivem Abfall und abgebrannten Brennelementen“ und die Stilllegung von nuklearen Anlagen aller Art. Dieser Betrieb ist mittlerweile im Besitz der russischen JSC Atomstroyexport, eine Tochterfirma des später noch erwähnten staatlichen Atomkonzerns Rosatom.

Ihren minoritären Anteil von 34% an Areva NP wollte Siemens seit Gründung des Joint Ventures wegen der angeblich bevorstehenden „Renaissance der Kernenergie“ stets erhöhen, um stärkeren Einfluss auf die Geschäftspolitik nehmen zu können. Im Januar 2009 entschied dann der Siemens-Konzern unter dem neuen Chef Peter Löscher - für alle Beobachter in den Wirtschaftsressorts der Presse angeblich „überraschend“ -, sich von der Areva-Beteiligung zu trennen – wie gesagt wegen „fehlender Einflussmöglichkeit“ (Siemens-Presseerklärung vom 26.1.2009). Vom Ausstieg aus dem AKW-Sektor, wie mancher Gutgläubige meinen mochte, konnte aber keine Rede sein. Stattdessen ließ der Konzernsprecher in der Presseerklärung zum Areva-Ausstieg verlauten: „Siemens wird weiter Produkte auf dem Kernkraftwerkmarkt anbieten. Gleichzeitig wird Siemens auch künftig alle Optionen prüfen, um sich weiter im Kernkraftwerksgeschäft zu engagieren.“ Und Siemens-Vorstandschef Löscher: „Wir wollen handeln und gestalten – das gilt auch für den Markt der Kernenergie“. Gerade angesichts der CO₂-„Problematik“ - die Anklänge an den „green new deal“ sind nicht zu überhören - trete Siemens nach wie vor für den „kompletten Energiemix“ ein. Selbstverständlich mit Kernkraft, aber nur noch als „Brückentechnologie“ ins Zeitalter der Erneuerbaren.

Gleichzeitig wurde die Suche nach einem neuen Partner für eine neue „strategische Atomenergieallianz“ (Süddt. Zeitung, 4.2.2009) eröffnet. Bereits im **März 2009** – nicht einmal zwei Monate nach dem angekündigten Ausstieg bei Areva - unterzeichnet Löscher ein „Absichtsprotokoll“ mit dem oben erwähnten russischen Energie-Staatskonzern **Rosatom** zum Aufbau einer „strategischen Partnerschaft“ im Bereich Atomenergetik. Der Deal ist politisch hoch angesiedelt. Selbst Ministerpräsident Putin schaltet sich in die Verhandlungen ein – und der ehemalige grüne deutsche Außenminister Joschka Fischer wird im Oktober 2009 als „Berater“ des auf „Nachhaltigkeit“ orientierten Siemenskonzerns angeworben.

Hintergrund dieser „Neuorientierung“ ist nicht zuletzt der wachsende russische Markt für Energie, der lockende Rohstoffreichtum des Landes (nicht zuletzt Gas, Erdöl, Uran) und die dort künftig geplanten AKWs. Und nicht nur in Russland sollten AKWs aus dem Boden gestampft werden: Im Jahre 2010 wird die Höhe der im Kernenergiesektor anstehenden **Investitionen zwischen einer und 2.2 Billionen €** beziffert. Ein Geschäft, das man sich nicht entgehen lassen wollte (und will?) und für das man, nach der „Scheidung“ von Areva, einen neuen potenten Reaktorbauer als Partner benötigt.

Noch im Januar 2011 – bis zwei Monate vor Fukushima - arbeitet Siemens-Chef Löscher laut Handelsblatt (6.1.2011) am „Nuklear-Comeback“; er wolle auch in den „heißen Teil“ der Nukleartechnik“ wieder einsteigen – selbst wenn es da noch gewisse „Imageprobleme“ gebe. Diese Probleme könnten sich seit der Reaktorkatastrophe von Japan zweifellos noch erhöht haben. Die nähere oder weitere Zukunft der Atomindustrie in Deutschland scheint z.Zt. offen, offener vielleicht als je zuvor. Laut Meldungen der Wirtschaftszeitungen „Handelsblatt“ und „Financial Times“ wird selbst in den Chefetagen der Energiekonzerne über einen schnelleren (Komplett-)Ausstieg nachgedacht.

Die großen Energieversorger fahren – möglicherweise – z.Zt. unterschiedliche Strategien: **RWE** will im Interesse seiner Aktionäre gegen das Moratorium der Bundesregierung klagen. Der größte deutsche AKW-Betreiber **E.ON** scheint z.Zt. eher einen politischen Kompromiss anzustreben; er zeigt sich bereit, einige ältere AKWs dauerhaft vom Netz zu nehmen. Gute Gelegenheit für die AKW-Bewegung, den Ausstieg aus der Atomwirtschaft durch politische Intervention zu beschleunigen – aber nicht mit dem Ziel, sich mit „greenwashing“, einem „green capitalism“ zufrieden zu geben, sondern perspektivisch auf eine dezentrale Energieversorgung hinzuarbeiten, die nicht nach dem Profitprinzip und den Marktgesetzen funktioniert. Grundvoraussetzung dafür: die großen Energieversorgungsunternehmen - und am besten Siemens gleich dazu – enteignen und vergesellschaften. Oder wie auf einem Transparent auf der letzten Großdemo der Anti-AKW-Bewegung am 26.3.2011 in Köln zu lesen war: „Alle Atomkraftwerke stilllegen – und die herrschende Klasse gleich dazu!“

R.E. im April 2011